



GENDER
OPEN
REPOSITORY

Repository für die Geschlechterforschung

Das umkämpfte Allgemeine und das neue Gemeinsame. Solidarität ohne Identität

Hark, Sabine; Jaeggi, Rahel; Kerner, Ina; Meißner, Hanna; Saar, Martin
2015

<https://doi.org/10.25595/1944>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hark, Sabine; Jaeggi, Rahel; Kerner, Ina; Meißner, Hanna; Saar, Martin: *Das umkämpfte Allgemeine und das neue Gemeinsame. Solidarität ohne Identität*, in: Feministische Studien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 33 (2015) Nr. 1, 99-103. DOI: <https://doi.org/10.25595/1944>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.1515/fs-2015-0111>

Nutzungsbedingungen:

<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/legalcode>

Terms of use:

<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/legalcode>

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft



Freie Universität  Berlin



www.genderopen.de

Diskussion

Blickrichtungen auf Solidarität – Impulse und Thesen

Sabine Hark, Rahel Jaeggi, Ina Kerner, Hanna Meißner und Martin Saar

Das umkämpfte Allgemeine und das neue Gemeinsame. Solidarität ohne Identität

1. *Ein Ausgangspunkt: Verlust des Allgemeinen*

Wer Solidarität mit Anderen fordert und davon überzeugt ist, dass es Politik aus Solidarität, in Solidarität geben kann und geben sollte, sieht die Anderen als Gegenüber und Bezugspunkt von moralischen Ansprüchen, politischen Rechten und affektiven Bindungen. Solidarität politisch zu denken bedeutet, diese Forderungen nicht aus den besonderen Eigenschaften der Anderen oder besonderen Erfahrungen mit ihnen abzuleiten, sondern aus dem, was wir mit ihnen teilen, ohne dass es uns oder ihnen alleine gehört. Und nichts davon versteht sich in pluralistischen Gesellschaften von selbst. Was ›das‹ Allgemeine, das Allgemeinwohl, die *volonté générale* ist, was uns allen gemeinsam ist, wer Teil des Allgemeinen ist, und nicht zuletzt, wer das ›wir‹ ist, das über diese Fragen entscheidet, dürfte daher die wohl umstrittenste Frage heutiger Demokratien sein. Gegenwärtig zeigt sich dies etwa in den heftigen Auseinandersetzungen, wer welches Recht auf welche Bildung haben sollte; darum, wie Sorgearbeit – und damit das Geschlechterverhältnis – organisiert sein sollte; darum, ›wem die Stadt gehört‹ oder ob Wasser ein öffentliches Gut oder eine Handelsware ist; in Debatten um die Frage der Rechte von Flüchtlingen sowie generell um Fragen der Möglichkeit gleichberechtigter Teil-

habe aller »an der Praxis staatsbürgerlicher Selbstbestimmung« (Jürgen Habermas). Und immer geht es in all diesen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auch um die ethische Frage, wie zu leben sei und ob es für diese Frage allgemeingültige Antworten geben kann.

Dabei finden diese Auseinandersetzungen in einer Zeit statt, in der die Bestimmung des Allgemeinwohls im Sinne unverfügbarer Marktdynamiken oft bereits gesetzt scheint. Zudem werden Prozesse kollektiver Verständigung über aktuelle Problemlagen, gegenwärtige Anforderungen sowie darüber, in welcher Form es ein Allgemeinwohl überhaupt geben kann und soll und wie ein solches Allgemeines zu gestalten wäre, durch Prozesse der Verengung und Zerstörung öffentlicher Räume, durch Individualisierung und Fragmentierung des Gemeinwesens erschwert. Diese Umwälzungen sind in ihrer Reichweite mit der »großen Transformation«, als die Karl Polanyi die Herausbildung der liberalen Marktwirtschaft im 19. Jahrhundert und die damit verbundene Verselbständigung der Ökonomie gegenüber der Gesellschaft beschrieben hat, mehr als vergleichbar. Auch die von Polanyi analysierte Gefahr, dass Gesellschaften, in denen die Idee eines selbstregulierenden Marktes hegemonial ist, auf Dauer ihre eigenen sozialen Voraussetzungen und damit auch die Disposition zu bürgerschaftlicher Solidarität

zerstören, ist völlig zu Recht Teil aktueller Diagnosen.

Die weltweit beobachtbare Erziehung der Menschen zur Marktlichkeit, die Kommodifizierung von Lebensführung und die Verteilung von Lebenschancen nach Markterfolg scheinen also die Vitalität einer Orientierung am allgemeinen Wohl nachhaltig zu unterhöhlen; zugleich scheint die Möglichkeit von Politik – im Sinne der allgemeinen, intersubjektiven Kommunikation und kooperativen Entschlussfassung über jene Angelegenheiten, die Menschen gemeinsam sind – besonders gefährdet zu sein. Das Recht und die Möglichkeit, sich selbst zu regieren, erodieren, wie es die skeptischen Diagnosen von Michel Foucault und Zygmunt Bauman schon für die 1970er, 1980er und 1990er Jahre nahe legten, und wie es zuletzt die Kritiken am Verlust kollektiver Steuerungsfähigkeit etwa von Cornelius Castoriadis und noch jüngst wieder Colin Crouch bekräftigt haben.

Wir schlagen vor, diese Phänomene unter dem Gesichtspunkt des »umkämpften Allgemeinen« und der Herausbildung eines »neuen Gemeinsamen« zu verstehen. Dies kann helfen, die Vielzahl neuerer sozialer Konflikte um Zugehörigkeit und Teilhabe als besonders prägnante Symptome für genau diesen Verlust des scheinbar selbstverständlichen, eindeutigen Allgemeinen zu begreifen, ohne in Trauer oder Nostalgie zu verfallen. Denn viele aktuelle Phänomene lassen sich als Versuche lesen, heute neue Formen von Solidarität und Gemeinsamem experimentell zu erkunden. Und vielleicht charakterisiert unsere zerrissene soziale Gegenwart nichts besser als diese Konstellation: Erfahrungen des verloren gegangenen beziehungsweise in seinem partikularen Charakter ausgestellten Allgemeinen stehen neben Hoffnungen, ein neues, nicht-abstraktes Gemeinsames zu erschaffen und neue Räume des Geteilten zu finden.

2. *Eine Diagnose: Umkämpftes Allgemeines*

Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Dynamiken ist das Allgemeine in vielerlei Hinsichten umstritten: Zum einen ist es umkämpft, sofern gesellschaftliche Akteur_innen und soziale Bewegungen versuchen, der Usurpation des Allgemeinen durch ökonomisierte, privatistische Interessen entgegen zu treten. In Aktivitäten zur Kommunalisierung von Energie und Wasser, zur De-Kommodifizierung von Wohnraum oder, allgemeiner, der Aneignung der Städte, aber auch – im globalen Kontext – in der Thematisierung von geistigen Eigentumsrechten, z.B. hinsichtlich pharmazeutischer Produkte oder der genetischen Monopolisierung von Saatgut wird dies deutlich. Angemahnt wird hier die gemeinsame Verfügung über das, was unser gemeinsames Leben bestimmt; eingefordert werden normativ verallgemeinerbare Kriterien hinsichtlich des Umgangs mit diesen Gütern.

Umkämpft ist das Allgemeine noch in einer zweiten Hinsicht, einer Hinsicht, die den Charakter des Allgemeinen selbst in Frage stellt. In Auseinandersetzungen um die vielfältigen Formen von Marginalisierung und Diskriminierung (von Frauen*, von queeren Lebensweisen, von ethnischen oder religiösen Minderheiten oder Menschen, die Behinderungen erfahren), aber auch in der Kritik an Eurozentrismus wird nämlich deutlich, dass nicht selten die Berufung auf die Kategorie der Allgemeinheit selbst partikulare Interessen und partikulare Perspektiven verdeckt. Das vorgeblich Allgemeine erweist sich als faktisch Gemeinsames einer partikularen, doch dabei privilegierten Gruppe, das allgemeine Wohl als deren partikulares Interesse: das unabhängige (sorgenfreie) männliche Subjekt in der Sphäre der Erwerbsarbeit; der (weiße,

nicht-behinderte, heterosexuelle) Mann als Mensch; der Besitzende als *citoyen*.

Dieser Umstand führt zu einer dritten Hinsicht, in der das Allgemeine heute umkämpft ist: Der sich beständig wiederholende Prozess, das Partikulare als Allgemeines auszugeben, hat zu einer Diskreditierung der Berufung auf das Allgemeine insgesamt geführt. In mehreren Hinsichten und mit unterschiedlichen Motiven wird deshalb die Kritik am nicht-allgemeinen Charakter des vorgeblich Allgemeinen zu einer Kritik am Anspruch auf Allgemeinheit selbst. Verschiedene Instanzen einer behutsamen theoretischen Universalismuskritik von Dipesh Chakrabarty über Paul Gilroy bis Etienne Balibar treffen sich hier in ihrer Skepsis gegenüber als allgemein behaupteten und geteilten Werten und Normen. Zugleich suchen sie, darüber hinausgehend, einen neuen Universalismus zu formulieren, der, etwa bei Judith Butler, unsere prinzipielle Ausgesetztheit an Andere bestimmt als unsere *conditio humana* und ein »gutes Leben« versteht als ein »Leben gemeinsam mit anderen, ein Leben, das ohne diese anderen gar kein Leben wäre«; und der, wie bei Achille Mbembe, Mechanismen impliziert, die dazu angetan sind, das durch die vormaligen Ausschlüsse aus dem Allgemeinen erzeugte Leiden zu kompensieren und die durch sie erzeugten Risse zu kitten – und in diesem Sinne Akte der Wiedergutmachung, der Restitution und Reparation als »Voraussetzung für den kollektiven Aufstieg zum Menschsein« versteht.

3. *Eine Hoffnung: ein neues Gemeinsames*

Parallel zu diesen Verhandlungen über das Allgemeine findet sich eine zweite interessante Tendenz, die sich ebenso wie jene sowohl in gesellschaftlicher Praxis wie wissenschaftlich-theoretischer De-

batte manifestiert. Eine Vielzahl aktueller sozialer Bewegungen versteht sich als Labor für neue Gemeinschaftlichkeitsformen und -praktiken: Neue solidarische Ökonomien im lokalen, regionalen und größeren Maßstab versuchen, aus Marktzwängen durch Selbstorganisation auszubrechen; Haus- und Wohnprojekte experimentieren mit der Erfindung einer lokalen, oft pragmatisch an lebensweltlichen Anforderungen orientierten Kollektivität; Bürger_innenbewegungen neuen Typs mahnen die Wiederaneignung von Gemeingütern an und setzen auf neue Formen nicht mehr national begrenzter Solidarität. Im Vordergrund vieler solcher Bemühungen und Projekte steht die Idee eines Teilens und wesentlich Geteilten, eines Verbindenden jenseits der Trennungen durch Markt, Macht und spätmoderne Individualisierung.

Im Lichte der eingangs skizzierten Tendenz, das Allgemeinwohl in Marktdynamiken aufgehen zu lassen, können diese praktischen Experimentierfelder als Versuche gesehen werden, neue Lösungen angesichts der Uneingelöstheit des bloß abstrakten Universalitätsanspruchs zu suchen. Damit allerdings solche Versuche nicht zur – wie auch immer intern solidarisch organisierten – Etablierung neuer Privilegien und Ausschlüsse regredieren, bedarf es weiterer Reflexionsschritte, die dazu beitragen, neue Konstellationen im Verhältnis von Allgemeinen und Besonderen zu ermöglichen und dem Bedarf an einer (re-)politisierten, partizipativen Gestaltung von Gemeinschaftlichkeit Rechnung tragen, ohne dabei hermetische und letztlich repressive, etwa geschlechtshierarchische, Modelle des Gemeinsamen wieder einzuführen.

Das Verhältnis zwischen dem Allgemeinen und Formen eines neuen Gemeinsamen ist jedoch nicht darauf beschränkt, dass letztere oftmals einen Antwortversuch auf die Unzulänglichkeiten kon-

kreter Ausformulierungen des ersteren darstellen. Denn ebenso wie Formulierungen des Allgemeinen vor Ausschlüssen nicht gefeit sind und sich allein schon deshalb als unabgeschlossen und mithin als (zumindest potentiell) stets umkämpft darstellen, sind auch neue Formen des Gemeinsamen nicht per se inklusiv, fair und emanzipatorisch. Es ist daher zu erwarten, dass auch sie immer wieder auf Inklusions- und Transformationsforderungen reagieren müssen.

Im Gesamtblick auf diese Konstellation zeigt sich daher ein spannungsgeladenes Wechselverhältnis zwischen dem Allgemeinen und dem neuen Gemeinsamen. Dessen endgültige Ruhigstellung oder Auflösung scheint unwahrscheinlich und dies verweist stattdessen darauf, dass die ständige gesellschaftliche Diskussion um das Allgemeine unabgeschlossen ist, ja, einen integralen Lebenskern pluralistischer Gesellschaften darstellt. Seine konstitutive Umkämpftheit stellt folglich kein Hindernis dar, sondern ist eine unhintergehbare Bedingung für Politik in heterogenen Gesellschaften.

4. Ein Forschungsfeld: Praktiken, Szenen und Orte der Neuerfindung von Solidarität

Der hier skizzierte Vorschlag, eine Debatte und einige praktische Phänomene als Manifestationen der Umkämpftheit des Allgemeinen und zugleich des Neudenkens des Gemeinsamen zu verstehen, lädt zum einen zu grundbegrifflichen, philosophischen sowie sozial- und politiktheoretischen Reflexionen über die Umkämpftheit des Allgemeinen und die Potentiale, aber auch Limitierungen neuer Formen der Gemeinschaftlichkeit ein. Zum anderen ist es geeignet, spezifische Kämpfe um Inklusion ins Allgemeine (feministische Kämpfe, Forderungen nach Minoritätenrechten und

Antidiskriminierungsmaßnahmen, Auseinandersetzungen um Aufenthaltsrechte und Staatsbürgerschaft), Mechanismen der Wiedergutmachung und Versöhnung (Reparationen, Wahrheitskommissionen, *Transitional Justice*-Instrumente) sowie neue Formen des Gemeinsamen (Gemeinschaftsgärten, Hausprojekte, Landbesetzungen und informelle Siedlungen, solidarisches Wirtschaften, der Umgang mit natürlichen und sozialen Ressourcen und Gemeingütern) als empirische Fälle neu zu beschreiben und mit Blick auf ihre gemeinschaftsbildende Kraft in unterschiedlichen Gesellschaftsformen und Konstellationen zu durchdenken. Fragen, die dabei tangiert werden, sind nicht zuletzt jene der Commons, der Nutzung und Gestaltung öffentlicher Räume, des Eigentums und der Verfügungsrechte, der Bildung an Schule und Universität und des Wissens; ferner spielen hier Fragen der Problematik des demographischen Wandels und der Gestaltung von Sorgebeziehungen eine zentrale Rolle.

Solche tentativen, emergierenden Praktiken, Szenen und Orte des neuen Gemeinsamen genauer zu beschreiben und analysieren, könnte wichtige Aufschlüsse geben über Möglichkeiten, wie Solidarität und Gemeinsamkeit jenseits der dominanten Subjektivierung der Einzelnen als ›Unternehmer_in‹ oder ›Kund_in‹ neu und anders gestaltet werden können. Womöglich finden sich sogar Anhaltspunkte, inwiefern daraus Visionen einer ›Politik jenseits von Markt und Staat‹ zu gewinnen sind, die sich zwar an einer übergeordneten Allgemeinheit orientieren, jedoch nicht unmittelbar auf die abstrakte Norm des Individuums als ›Bürger‹ zurückgreifen. Auch wären Erkenntnisse zu erlangen über neue Formen von Kollektivierung sowie Konstellationen rechtlicher und politischer Kollektive, in denen nichttraditionelle und nichtnostalgische Vorstellungen von Kooperation und Solidarität

erprobt werden, in denen das Gemeinsame weder mit dem Begriff der (angeblich so eindeutigen) Interessen noch mit dem Konzept der (angeblich so eindeutigen) Identität hinreichend zu erfassen ist. Gesucht werden könnte also nach nicht weniger als den heute möglichen Formen der Kooperation und der wechselseitigen

Verantwortung, in denen das, was allgemein, jede_r zukommend und für jede_n verbindlich ist, nichts Vorausgesetztes, Selbstverständliches ist, sondern ein erst in Praktiken und Beziehungen herzustellender Bezugspunkt, den wir erst teilen müssen, um ihn zu erfahren.

Elisabeth Voß

Solidarisch Wirtschaften?

Spätestens seit der Finanzkrise 2008 hat die herrschende, profitgetriebene Wirtschaftsweise in Massenmedien und im öffentlichen Ansehen an Legitimation verloren. Alternativökonomische Ideen und Praxen finden mehr Aufmerksamkeit als je zuvor. Der chilenische Wirtschaftswissenschaftler Luis Razeto prägte in den 1980er Jahren den Begriff »Solidarische Ökonomie« (vgl. Eder 2003). Er beschrieb damit gemeinschaftliche wirtschaftliche Selbsthilfe, mit der Menschen in Krisenzeiten ihre Versorgung sichern, ganz im Sinne des altehrwürdigen Genossenschaftsgedankens »Gemeinsam mehr erreichen«. Solidarität ist hier eine ganz praktische, alltägliche gegenseitige Unterstützung.

Die folgenden Thesen sind ein Versuch, vor dem Hintergrund der herrschenden Ökonomie einige Herausforderungen solidarischen Wirtschaftens zu skizzieren. Gegenwärtige Ansätze werden kritisch hinterfragt und mögliche Ambivalenzen oder gar Vereinnahmungen aufgezeigt, die solidarische Konzepte in ihr Gegenteil verkehren können. Nicht zuletzt werden jedoch auch Potentiale solidarischer Ökonomie an Beispielen verdeutlicht.

Die herrschende Ökonomie hat mit Wirtschaft nichts zu tun, sondern stellt ein verbrecherisches System dar

Unter Ökonomie oder Wirtschaft verstehe ich die Gesamtheit gesellschaftlicher Prozesse, in denen Menschen mit ihrer vielfältigen, lebenswichtigen Arbeit aus natürlichen Ressourcen all das herstellen, was Menschen zum Leben brauchen. Ohne zu wirtschaften, um ihre Bedürfnisse zu erfüllen, könnten Menschen nicht leben. Die zerstörerische Ausbeutung und profitgetriebene Vernutzung von Mensch und Natur, die systematisch in patriarchal und kapitalistisch ausgestalteten Produktionsweisen angelegt ist, hat mit Wirtschaft nichts zu tun. Es handelt sich um Verbrechen, millionenfach begangen an denen, auf deren Kosten dieses Ausbeutungsmodell expandiert, das systematisch diejenigen ignoriert, die unter viel zu oft erbärmlichen Bedingungen schufteten und buckeln, die von ihrem Land vertrieben werden, hungern, an den Folgen von Ressourcenkriegen und Klimakatastrophe leiden. Wenn diese Menschen dann vor Perspektivlosigkeit, Elend und Krieg fliehen, ertrinken sie vor den